



Elke Kahr. KPO

Vorschläge
für eine soziale und
ökologische Stadt

W
a
s
n
n
G
r
a
z

Inhalt

Inhalt	2
Wir alle sind Graz	3
Wohnen ohne Sorgen	5
Gesicherte, menschenwürdige Arbeit	9
Für sozialen Zusammenhalt	11
Besondere Bedürfnisse	13
Graz gehört uns allen!	15
Internet, IT, Privatsphäre	16
Für eine mobile Stadt!	17
Für eine gesunde Umwelt!	18
Ein gesundes Leben für alle!	20
Eine lebenswerte Zukunft für junge Menschen!	23
Freizeit und Sport	25
Vielfältige Kultur statt Eventpolitik	26
Ein gerechtes Leben für alle Frauen!	28
Friedensstadt Graz	29
Ein gutes Leben für alle Menschen!	30
Für ein demokratisches Graz!	31
Wer soll das bezahlen?	33
Gut gearbeitet	34

Wir alle sind Graz



Liebe Grazerin! Lieber Grazer!

Unsere Vorschläge für eine soziale und ökologische Stadtentwicklung umfassen viele Bereiche des Lebens in Graz. Ich danke deshalb vor allem den vielen MitbürgerInnen, die in den vergangenen Wochen und Monaten wertvolle Anregungen für das vorliegende Kommunalprogramm gegeben haben.

Es zeigt auf, dass wir in den vergangenen Jahren viel geleistet haben und es setzt einige Wegmarken für die Zukunft. Die KPÖ ist seit Langem aus dem Leben unserer Stadt nicht wegzudenken. Wir bemühen uns, eine verlässliche und berechenbare Kraft im Gemeinderat, in den Bezirken und in vielen Initiativen an der Basis zu sein.

Es gibt keine Bank, keinen Konzern und keine anonymen Geldgeber, die uns vorschreiben können, was wir tun dürfen und was nicht. Wir sind für die Menschen da, die keine Lobby haben und wollen für sie auch im täglichen Leben greifbar sein.

Soziales darf nicht untergehen; Privatisierung ist Diebstahl am Öffentlichen Eigentum; Ohne Privilegien geht's auch; Helfen statt reden!

Diese Losungen sind für uns keine leeren Worte. Wir sind den arbeitenden Menschen verpflichtet und drehen deshalb unsere Fahne nicht nach dem Wind.

Unsere Stadt muss für alle Menschen eine gute Heimat sein. Deshalb nützt es der Bevölkerung auch, dass die KPÖ in Graz etwas zu sagen hat. Nur mit Ihrer Unterstützung bei der Gemeinderatswahl wird es möglich sein, diesen Weg fortzusetzen.

Ihre Vizebürgermeisterin

Seit vielen Jahren, erst mit Stadtrat Ernest Kaltenegger und seit 2005 mit Stadträtin Elke Kahr, setzt sich die KPÖ in Graz gegen überbeuerte Mieten, für leistbaren Wohnraum sowie für die Rechte der Mieterinnen und Mieter in unserer Stadt ein.

Auch in den vergangenen fünf Jahren hat Wohnungsstadträtin Kahr verantwortungsvolle Arbeit geleistet und konnte dadurch für Graz viel bewegen. Doch es gibt noch einiges zu tun.

Gemeindewohnungen nötiger denn je

Es gibt in Graz nach wie vor zu wenig leistbaren Wohnraum. Das Geschäft mit der Wohnungsspekulation blüht! Am privaten Wohnungsmarkt schnellen die Preise in die Höhe. Nur ein umfassendes kommunales Wohnbauprogramm kann diesem Trend wirksam begegnen.

Durchgesetzt!

1.000 neue Gemeindewohnungen in Graz

Durch den konsequenten Einsatz der KPÖ für den kommunalen Wohnbau in Graz wurde in den vergangenen Jahren der Bau von 1.000 neuen Gemeindewohnungen auf Schiene gebracht. Auch dem Ziel der KPÖ, Gemeindewohnungen verstärkt in Bezirken zu errichten, in denen es bisher noch keine oder kaum Gemeindewohnungen gegeben hat, ist man nähergekommen: So konnten in den Bezirken Geidorf, Waltendorf und St. Peter erstmals Gemeindewohnungen verwirklicht werden.



Die Vorschläge der KPÖ:

- Kein Verkauf städtischer Gemeindewohnungen, stattdessen
- Bevorratung und Ankauf von Grundstücken durch die Stadt
- Bau von weiteren Gemeindewohnungen
- Eigene Wohnbau-Förderkontingente für die Stadt Graz, damit sie selbst Gemeindewohnungen bauen kann
- Einweisungsrecht der Gemeinde in einem zu bestimmenden Anteil (z.B. 5 %) in geförderte Neubauwohnungen als Fördervoraussetzung für Wohnbaugenossenschaften
- Kein weiterer Verkauf von Wohnbaufördermitteln durch das Land
- Zweckbindung der Wohnbaufördermittel für den geförderten Wohnbau statt Verwendung zum Stopfen von Budgetlöchern

Wohnen muss billiger werden

Die Geschäftemacherei mit dem Grundbedürfnis Wohnen nimmt zu. Die ständig steigenden Kosten fürs Wohnen am privaten Wohnungsmarkt treffen immer mehr Menschen. Die Wohnungseinstiegskosten (Maklerprovision, Kautionen, Mietvertragsvergebührung) sind viel zu hoch. Fernwärme, Strom usw. werden jährlich teurer.

Durchgesetzt!

Wohnen auf Kasernengrund

Seit 2006 setzt sich die KPÖ dafür ein, Gemeindewohnungen auf Kasernengrund zu verwirklichen. Damals startete Elke Kahr eine entsprechende Unterschriftenaktion, die von 10.000 Grazerinnen und Grazern unterzeichnet wurde.

2010 schließlich beschloss der Grazer Gemeinderat den Ankauf von 38.000m² des Areals der ehemaligen Hummelkaserne. 2015 gab es den Spatenstich, im Sommer 2016 konnten die 92 neuen Gemeindewohnungen an die künftigen Mieterinnen und Mieter übergeben werden.



Wohnen ohne Sorgen

Die Vorschläge der KPÖ:

- Keine Anhebung von Tarifen und Gebühren
- Erhöhung des Kautionsfonds: Hilfe bei den Einstiegskosten für die Anmietung einer privaten Mietwohnung für einkommensschwache Gruppen. Übernahme der Hälfte der Kaution
- Abschaffung der kostenpflichtigen Vergebührung von Mietverträgen durch die MieterInnen
- Klare gesetzliche Obergrenzen für Kautionen (derzeit werden bis zu fünf Monatsmieten verlangt)
- Maklerprovisionen sollen vom Vermieter bezahlt werden
- Wieder-Einführung der Wohnbeihilfe
- Abschaffung bzw. Vereinheitlichung des undurchschaubaren Richtwertmietsystems
- Klar festgelegte Mietzinsobergrenzen für alle Wohnungen, um Mietzinswucher zu unterbinden
- Meldepflicht für leerstehende Wohnungen
- Leerstandsabgabe für Wohnungen, die über einen längeren Zeitraum nicht vermietet werden
- Erhöhung der Förderung für Liftanbauten, um die Restkosten für die MieterInnen zu reduzieren
- Ausweitung statt Kürzung der Fördermittel für Wohnungsanierungen zur Senkung von Energiekosten (Austausch von Fenstern, Wärmedämmung, Fernwärmeanschluss)
- Sicherung der Mietzinszahlung für Mieterinnen und Mieter von Gemeindewohnungen, deren Wohnungskosten ein Drittel des Netto-Familieneinkommens übersteigen
- sozial verträgliche Lösungen für durch Rückzahlung von Landesdarlehen mit hohen Kostensteigerungen konfrontierte Mieter

Weg mit der Maklerprovision für Mieterinnen und Mieter

Die Wohnungseinstiegskosten - die beim Abschluss eines Mietvertrags notwendigen Mittel - machen in Österreich etwa so viel aus wie die Miete für ein halbes Jahr.

Ein Grund dafür sind die Maklerprovisionen (derzeit zwei Bruttomonatsmieten). Die KPÖ will, dass die Maklerprovisionen künftig vom Vermieter eingehoben werden.

7.871 Grazerinnen und Grazer haben die Parlamentarische Initiative an den Nationalrat unterschrieben. Im September 2016 hat die KPÖ die Unterschriften persönlich im Parlament an Nationalratspräsidentin Doris Bures übergeben.

Für ein solidarisches Zusammenleben!

Wohnen ist mehr als ein Dach über dem Kopf. Wohnen ist soziales Umfeld, bedeutet Gemeinschaft und Zusammenhalt.

Die Vorschläge der KPÖ:

- Mehr Übergangswohnungen und betreute Wohnformen für Menschen in Krisensituationen (Scheidung, psychische Erkrankungen, Suchtkrankheit)
- Schaffung von Notschlafstellen durch die Stadt Graz und gemeinnützige Träger
- Größeres Kontingent an Wohnungen für das Frauenhaus sowie Ausweitung der Verweildauer
- Verbesserung der Wohn- und Lebensbedingungen von SeniorInnen sowie der Gewährleistung eines selbstbestimmten Lebens
- Absicherung und Ausbau von Stadtteilzentren und Förderung der Gemeinwesenarbeit
- Erhalt und Ausbau der Infrastruktur (Ärzte, öffentlicher Verkehr, Kinderbetreuung, Grünflächen...)
- Unterstützung von Heim- und Kleingartenanlagen



Durchgesetzt!

Tarif- und Gebührenstopp

Automatische Erhöhungen der Tarife und Gebühren für Kanal, Wasser und Müllabfuhr verteuern das Leben, da sie die ohnehin meist hohen Wohnungskosten weiter verteuern. In Graz ist es der KPÖ in Verhandlungen mit ÖVP und SPÖ gelungen, diese Belastung in den Jahren 2015 und 2016 zu verhindern.





Hände weg von der Wohnbeihilfe!

Drei Monate, nachdem die Wohnbeihilfe durch die „Wohnunterstützung“ ersetzt wurde, muss Soziallandesrätin Kampus (SPÖ) die Notbremse ziehen.

Im Oktober hat die KPÖ zu einer Protestkundgebung aufgerufen. Über 1.000 Steirerinnen und Steirer gingen in Graz gegen die Kürzung auf die Straße und über 7.500 haben unsere Petition gegen das unsoziale Gesetz unterschrieben. Jetzt wird das Gesetz teilweise repariert. Der Widerstand hat sich ausgezahlt.

Aber noch sind nicht alle Probleme gelöst. Während BezieherInnen von kleinen Einkommen und Pensionen vermutlich von der Reparatur profitieren, wird die Familienbeihilfe weiter zum Einkommen gerechnet. Das ist kinderfeindlich. Deshalb lehnen wir uns jetzt nicht zurück, sondern setzen uns dafür ein, dass auch diese Regelung zurückgenommen wird.

Bitte unterstützen Sie deshalb weiterhin unsere Petition, damit Alleinerzieherinnen und Familien mit geringem Einkommen nicht auf der Strecke bleiben.

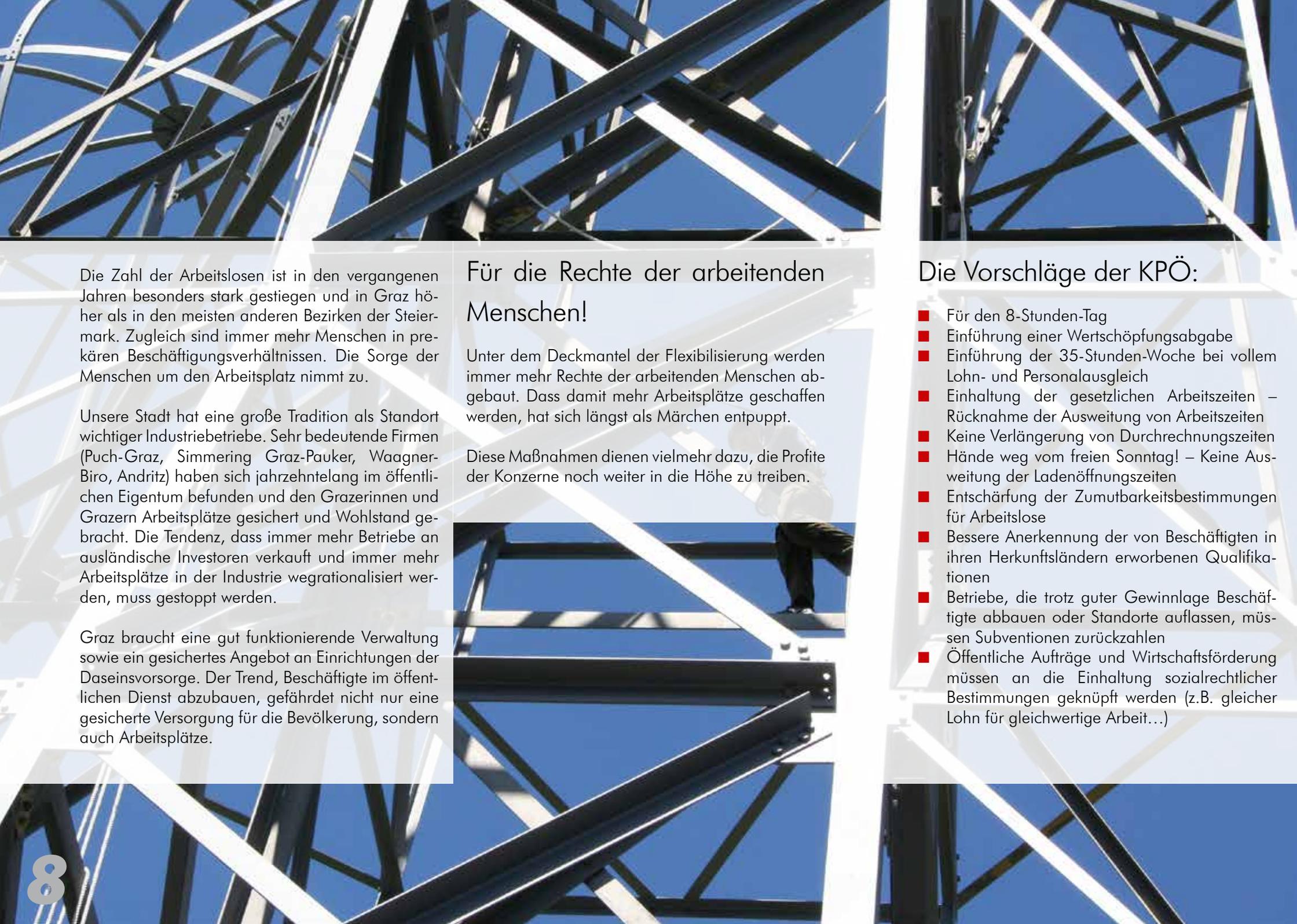
Gut gearbeitet

Nachbarschafts- und Stadtteilzentren, sind wichtige Anlaufstellen für die Bevölkerung. Es gibt sie mittlerweile in St. Peter, Eggenberg, Liebenau, Jakomini, Gries, Lend, Geidorf, Gösting, Waltendorf und in der Triestersiedlung.

Sie bieten den Menschen vor Ort Beratung, Hilfe sowie medizinische, kulturelle und viele weitere Angebote an.

Seit Elke Kahr für diese Einrichtungen zuständig ist, werden sie laufend erweitert und finanziell abgesichert.

Auch die vom Friedensbüro koordinierte Stadtteilarbeit, sowie die Projekte „NABAS“ (Konfliktlösungen für Grazer Wohnsiedlungen) und „Hallo Nachbar“ (ein Wohneinbegleitungsprojekt) tragen zu einem gelungenen Miteinander im Wohnumfeld bei.



Die Zahl der Arbeitslosen ist in den vergangenen Jahren besonders stark gestiegen und in Graz höher als in den meisten anderen Bezirken der Steiermark. Zugleich sind immer mehr Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen. Die Sorge der Menschen um den Arbeitsplatz nimmt zu.

Unsere Stadt hat eine große Tradition als Standort wichtiger Industriebetriebe. Sehr bedeutende Firmen (Puch-Graz, Simmering Graz-Pauker, Waagner-Biro, Andritz) haben sich jahrzehntelang im öffentlichen Eigentum befunden und den Grazerinnen und Grazern Arbeitsplätze gesichert und Wohlstand gebracht. Die Tendenz, dass immer mehr Betriebe an ausländische Investoren verkauft und immer mehr Arbeitsplätze in der Industrie wegrationalisiert werden, muss gestoppt werden.

Graz braucht eine gut funktionierende Verwaltung sowie ein gesichertes Angebot an Einrichtungen der Daseinsvorsorge. Der Trend, Beschäftigte im öffentlichen Dienst abzubauen, gefährdet nicht nur eine gesicherte Versorgung für die Bevölkerung, sondern auch Arbeitsplätze.

Für die Rechte der arbeitenden Menschen!

Unter dem Deckmantel der Flexibilisierung werden immer mehr Rechte der arbeitenden Menschen abgebaut. Dass damit mehr Arbeitsplätze geschaffen werden, hat sich längst als Märchen entpuppt.

Diese Maßnahmen dienen vielmehr dazu, die Profite der Konzerne noch weiter in die Höhe zu treiben.

Die Vorschläge der KPÖ:

- Für den 8-Stunden-Tag
- Einführung einer Wertschöpfungsabgabe
- Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- Einhaltung der gesetzlichen Arbeitszeiten – Rücknahme der Ausweitung von Arbeitszeiten
- Keine Verlängerung von Durchrechnungszeiten
- Hände weg vom freien Sonntag! – Keine Ausweitung der Ladenöffnungszeiten
- Entschärfung der Zumutbarkeitsbestimmungen für Arbeitslose
- Bessere Anerkennung der von Beschäftigten in ihren Herkunftsländern erworbenen Qualifikationen
- Betriebe, die trotz guter Gewinnlage Beschäftigte abbauen oder Standorte auflassen, müssen Subventionen zurückzahlen
- Öffentliche Aufträge und Wirtschaftsförderung müssen an die Einhaltung sozialrechtlicher Bestimmungen geknüpft werden (z.B. gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit...)

Gesicherte, menschenwürdige Arbeit

Nein zu Hungerlöhnen und McJobs!

Die Zahl derer, die trotz Arbeit arm sind, steigt. Prekäre und atypische Beschäftigungsverhältnisse nehmen rasant zu. Der Druck auf Beschäftigte, insbesondere Lehrlinge und ArbeiterInnen, nimmt zu. Immer mehr Menschen müssen mehrere Jobs annehmen, um über die Runden zu kommen.

Die Vorschläge der KPÖ:

- Sicherstellung der Einhaltung von Kollektivverträgen und Arbeitsrecht durch verstärkte Kontrollen und Strafen
- Gesetzlicher Mindestlohn von 13 Euro pro Stunde
- Keine Leiharbeit bei der Holding Graz
- Wirksame Maßnahmen gegen Schwarzarbeit und Lohndumping
- Verbot von unbezahlten Praktika

Die Stadt als Arbeitgeberin

Um die Qualität der Dienstleistungen für die BürgerInnen zu gewährleisten und zugleich wirkungsvolle Impulse für die Beschäftigung zu geben, muss die Stadt ihren Beitrag leisten.

Die Vorschläge der KPÖ:

- Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen durch Investitionen in die Infrastruktur (z.B. Bau von Gemeindewohnungen, Errichtung von Kinderbetreuungseinrichtungen, Ausbau des öffentlichen Verkehrs)
- Schluss mit der Ausdünnung des Personals im Magistrat und den ausgegliederten Betrieben
- Die Stadt Graz soll mit gutem Beispiel vorangehen: Arbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden ohne Lohnverlust und mit vollem Personalausgleich
- Keine Teilzeitarbeit, Leiharbeit und ausgelagerte Dienstleistungen in den städtischen Einrichtungen, außer Teilzeit wird ausdrücklich von den Beschäftigten gewünscht
- Zusätzliche Ausbildungsplätze für Jugendliche in städtischen Einrichtungen
- Ausweitung des Angebotes an geschützten Arbeitsplätzen bei der Stadt

- Konzept für die Schaffung eines öffentlichen Beschäftigungssektors für Menschen, die am privaten Arbeitsmarkt keine Chance vorfinden

Erwachsenenbildung

Das Recht auf Bildung soll allen zustehen. Wer sich fortbilden will, soll dabei seinen Interessen folgen dürfen und nicht nur dem Diktat der Wirtschaft gehorchen müssen.

Bildung – ein Leben lang

Die zunehmende Praxis des Arbeitsmarktservices, Leute für Kurse zu suchen statt Kurse für Menschen anzubieten, muss umgekehrt werden.

Die Vorschläge der KPÖ:

- Weiterbildungsmaßnahmen fördern und nicht nur Ausbildungsmaßnahmen, die der Wirtschaft dienen
- Umfassende und bedarfsgerechte Berufsberatung für alle, die sie benötigen
- Kostengünstige Weiterbildungsangebote durch die Stadt

Viele Leute fühlen sich in ihrer materiellen Existenz bedroht. Das geht mit Verarmung, Verschuldung und sozialer Ausgrenzung einher. Gleichzeitig wächst die Angst vor dem Verlust des noch vorhandenen Arbeitsplatzes, vor dem Abrutschen an den gesellschaftlichen Rand und vor Altersarmut.

Dem steht eine kleine Bevölkerungsschicht gegenüber, die immer reicher wird.

Wir brauchen in unserer Stadt bessere Angebote für Menschen, die Hilfe brauchen. Die Stadtverwaltung darf sich nicht als Wirtschaftsunternehmen sehen, das die Kosten der sozialen Betreuung senkt, sie muss durch aktive Maßnahmen zum sozialen Zusammenhalt beitragen.

Armut verhindern!

Weil immer mehr Menschen akut in Schwierigkeiten geraten, braucht es Maßnahmen, die Krisensituationen verhindern und rasch und unbürokratisch Hilfe anbieten können.

Durchgesetzt!

Der Sozialpass

Der Grazer Sozialpass, wie ihn die KPÖ seit 1995 vorgeschlagen und letztlich durchgesetzt hat, ist notwendiger denn je. Er ermöglicht Menschen mit niedrigem Einkommen gleichberechtigten Zugang zu städtischen Leistungen. Die KPÖ tritt für eine Verbesserung beim Zugang zu Sport- und Freizeiteinrichtungen ein, insbesondere soll vergünstigter Eintritt in die städtischen Bäder ermöglicht werden.



Die Vorschläge der KPÖ:

- Auszahlung der Mindestsicherung 14 Mal pro Jahr
- Absicherung der Heizkostenzuschüsse
- Tarife und Gebühren nicht automatisch erhöhen
- Amtliche Preisregelung bei Lebensmitteln und Energie
- Grundgebührenbefreiung bei Radio, Fernsehen und Telefon auf (niedrige) Arbeitseinkommen ausweiten
- Frühwarnsystem vor Strom- und Heizungsabschaltungen
- Keine Kürzung der Wohnbeihilfe, stattdessen Anpassung an die Teuerung
- Absicherung und Ausbau von Sozial- und Wohnungsloseneinrichtungen
- Schaffung weiterer Notschlafstellen durch die Stadt Graz bzw. gemeinnützige Träger
- Ausbau von sozialtherapeutischen Wohnplätzen
- Lebensmittel-Wegwerfverbot für Großhandel und Supermärkte – sie sollen Organisationen für Bedürftige gespendet werden
- Einrichtung einer „Volksküche“
- Ausweitung der psychosozialen Zentren
- Zuschüsse für Ferienaufenthalte für Kinder erhöhen
- Anhebung von Arbeitslosengeld und Notstandshilfenbezug
- Keine Kürzung von freiwilligen Sozialleistungen der Stadt
- Einheitliche Sozialgesetzgebung für ganz Österreich

Durchgesetzt!

Pflegeregress abgeschafft

Wenn es in einer steirischen Familie zu einem Pflegefall kam, stand in der Vergangenheit die Existenz von Angehörigen und deren gesamter Lebensertrag auf dem Spiel. Schuld daran war der Regress (Rückersatz), der vom Land bei den Angehörigen einkassiert wurde. Mit Unterstützung von 18.000 Steirerinnen und Steirern, die die Forderung der KPÖ gegen den Regress mit ihrer Unterschrift bekräftigt haben, ist es gelungen, den Regress abzuschaffen. Seit Juli 2014 gibt es diese ungerechte „Angehörigensteuer“ nun nicht mehr. Auch Angehörige von MindestsicherungsempfängerInnen müssen seither keinen Rückersatz mehr leisten.



Für sozialen Zusammenhalt

Altern in Würde!

Das Älterwerden betrifft uns alle. Die erfreuliche Tatsache, dass die Menschen in unserem Land immer älter werden, wird vielfach unter negativen Vorzeichen diskutiert, um damit soziale und Pensionskürzungen zu rechtfertigen. Das ist entwürdigend. Obwohl viele Menschen ihr Leben lang gearbeitet haben, reicht ihre eigene Pension oft nicht zum Leben aus. Die Politik des Sozialabbaus und des Kaputtsparens trifft gerade sie besonders stark.

Die Vorschläge der KPÖ:

- Anhebung der Mindestpensionen
- Alle Schritte zur Privatisierung der Altersvorsorge sollen rückgängig gemacht werden. Die Pensionen dürfen kein Spielball der Finanzmärkte sein
- Nein zur Anhebung des Pensionsantrittsalters
- Jährliche Pensionsanpassungen sichern zur Vermeidung von realen Pensionseinbußen und steigender Altersarmut
- Versorgung in Alten- und Pflegeheimen durch die öffentliche Hand – keine Privatisierung der GGZ
- Ausbau der mobilen und sozialen Dienste
- Erhöhung der Pflegegeldsätze
- Ausweitung der Pflegekarenz
- Hotline für pflegende Angehörige
- Berücksichtigung der Bedürfnisse des Alters bei Neu- und Umbauten im öffentlichen Raum
- Sicherung und Schaffung von Grünraum als Erholungsstätten im unmittelbar erreichbaren Wohnumfeld

Gut gearbeitet

Geld für Bankerl statt für Banken

Um Spekulationsverluste von Banken auszugleichen und deren Gläubiger schadlos zu halten, werden riesige Millionenbeträge an öffentlichen Geldern locker gemacht (Stichwort Hypo-Skandal). Geht es aber darum, Leistungen für die Allgemeinheit zu erbringen, wird immer öfter gekürzt und gestrichen.

Die Grazer KPÖ will ein Zeichen gegen diese verfehlte Politik setzen. 2012 hat Elke Kahr daher die Aktion „Geld für Bankerl statt für Banken“ ins Leben gerufen. Aus Mitteln der Parteienförderung werden seither alljährlich Gelder für Bankerl im öffentlichen Raum reserviert.

Bisher wurden zahlreiche Anregungen aus der Bevölkerung aufgegriffen und im gesamten Stadtgebiet Bankerl bzw. Tisch- und Bank-Kombinationen aufgestellt. Zahlreiche kaputte Bänke wurden ausgetauscht. Bankerl im öffentlichen Raum erhöhen die Lebensqualität. Ältere Menschen und Menschen mit Bewegungseinschränkungen finden durch die Bankerln Möglichkeiten zum Ausrasten auf ihren Spazier- und Einkaufswegen, und man kann den öffentlichen Raum nutzen und genießen, ohne gleich etwas konsumieren zu müssen.



Sicherheit und Vertrauen stärken

Nur eine soziale Stadt ist eine sichere Stadt. Wer den Menschen Sicherheit und Perspektiven bietet, kann die Kriminalität am besten eindämmen.

Soziale Probleme sind oft der Nährboden, auf dem die tägliche Kriminalität der Gewalt- und Eigentumsdelikte gedeiht.

Wir haben das Leitbild einer Polizei und von Justizwacheorganen, die den Menschen hilfsbereit zur Seite stehen. Ein gestärktes Vertrauen zwischen Bevölkerung und Polizei hilft, Straftaten schon im Vorfeld abzuwenden.

Die Vorschläge der KPÖ:

- Mehr gut ausgebildete und motivierte PolizistInnen für den Dienst am Menschen statt private Security und „Hilfssheriffs“
- Prävention statt „Law-and-Order“-Politik

Keine Geschäfte mit der Spielsucht!

Es ist der KPÖ zu verdanken, dass die Problematik der Spielsucht überhaupt erst öffentlich bekannt wurde. Von zerbrochenen Familien und Freundschaften, sozialem Absturz, Arbeitsplatzverlust, Beschaffungskriminalität bis hin zum Freitod reichen die Folgen der Spielsucht. Zigtausende Menschen sind von Spielsucht direkt oder indirekt betroffen.

Seit 2016 gilt in der Steiermark ein neues Gesetz für Spielautomaten. Zwar gibt es jetzt offiziell weniger Automaten für das sogenannte „Kleine Glücksspiel“. Doch die Wetteinsätze wurden erhöht. Zu den mehr als 1000 legalen kommen mehrere hundert illegale Glücksspielautomaten, und die Situation ist schlimmer als je zuvor.

Die Politik fördert diese Entwicklung wohlwollend. Das hat nicht zuletzt damit zu tun, dass SPÖ und ÖVP aufs Engste mit den Glücksspielkonzernen verbandelt sind. Den zuständigen Ausschuss im Landtag leitete in der Vergangenheit gar der Glücksspiel-Lobbyist Wolfgang Kasic. Er trat erst zurück, als der öffentliche Druck zu groß wurde.

Zunehmend zum Problem für Spielerinnen und Spieler werden Sport- und Livewetten. Diese fallen gar nicht unter das Glücksspielgesetz, sondern werden als „Geschicklichkeitsspiel“ eingestuft. Nach dem Automaten spiel haben diese Wetten das zweitgrößte Suchtpotenzial!

Wenn man an einer Lösung für die Betroffenen und ihre Familien interessiert ist, sind wirksame Maßnahmen zu treffen:

- Verbot des sogenannten „kleinen Glücksspiels“ in der Steiermark
- Sport- und Livewetten sind kein „Geschicklichkeitsspiel“ - Aufnahme von Sport- und Livewetten in das Glücksspielgesetz

Besondere Bedürfnisse

Weg mit dem Belastungspaket!

Die radikalen Kürzungen der Landesregierung treffen Menschen mit Behinderungen und deren Angehörige besonders hart. Ihnen drohen finanzielle Belastungen, Diskriminierung, Ausgrenzung und Isolation.

Immer mehr unter Druck geraten auch die Einrichtungen der Behindertenbetreuung. Dadurch steigt die Arbeitsbelastung der Beschäftigten und die Qualität der Betreuungsleistung ist kaum aufrecht zu erhalten.

Für ein selbstbestimmtes Leben

Menschen mit Behinderungen wollen dazugehören. Politik und Gesellschaft haben die Verpflichtung, ihnen ein selbstbestimmtes Leben und gleichberechtigten Zugang zu allen lebensrelevanten Bereichen zu ermöglichen.

Ziel der Politik muss es sein, dass jeder Mensch von der Gesellschaft in seiner Individualität akzeptiert wird und die Möglichkeit hat, in vollem Umfang an ihr teilzuhaben bzw. teilzunehmen.

Die Vorschläge der KPÖ:

- Barrierefreie Gestaltung (öffentlicher) Gebäude, Straßen, Transportmittel und anderer Einrichtungen wie Schulen, Sportstätten, kulturelle Veranstaltungsorte, medizinischer Einrichtungen

- und Arbeitsstätten
- Kompetenzorientierte Förderung von Menschen mit Behinderungen
- Spezielle Förderung von inklusiven Projekten und Events
- Rücknahme der Kürzungen bei Persönlicher Assistenz, Frühförderung und Leistungen zur Familienentlastung. Stattdessen Ausbau des Angebotes
- Erhöhung der Tagsätze im Bereich der Schulassistenz
- Besuche und Vorträge von Menschen mit Behinderung flächendeckend an Grazer Schulen zum Abbau von Hemmschwellen und für ein besseres Verständnis untereinander
- Ausbau öffentlicher stationärer Pflegeeinrichtungen
- Bedarfsorientierte Pflege- und Betreuungsmöglichkeiten (mobil oder stationär) und die Möglichkeit für alle, das für sie passende Angebot zu wählen
- Verwendung von ergänzenden Kommunikationsformen durch Behörden – etwa Gebärdensprache oder Brailleschrift sowie „Leichter-Lesen“-Info-Blätter und Broschüren
- Erhöhung der Pflegegeldsätze für Menschen mit Pflegebedarf zur Deckung der tatsächlichen Kosten
- Erhöhung der Betreuungsschlüssel in Pflegeheimen für eine menschenwürdige Pflege
- Bessere Bezahlung und Förderung der gesellschaftlichen Wertschätzung für das Pflegepersonal
- Bessere Kontrollen der Betreuungsqualität in Pflege- und Betreuungseinrichtungen
- Erhöhung der Ausgleichstaxe für die Betriebe,

die nicht einen Menschen mit Behinderungen je 25 Beschäftigte anstellen

- Mehr Menschen mit Behinderungen im öffentlichen Sektor beschäftigen
- Sicherstellung und Ausweitung des Behindertentaxis durch das Sozialamt
- Anhebung der Kostenzuschüsse zu Heilbehandlungen und Hilfsmitteln
- Kein Ersatz von Pflegegeldern durch Sachleistungen – Pflegebedürftige sollen selbst entscheiden dürfen, wo sie Hilfeleistungen in Anspruch nehmen

Absicherung und Hilfe für pflegende Angehörige

In vielen Fällen übernehmen Angehörige die Pflege und Betreuung von Menschen mit Behinderungen im eigenen Haushalt. Meist sind sie deshalb auch gezwungen, ihren Beruf aufzugeben. So entstehen massive finanzielle Verluste für die betroffene Familie.

Die Vorschläge der KPÖ:

- Gesicherte Einkommen und Pensionsleistungen für pflegende Angehörige
- Entlastung von Angehörigen durch qualifiziertes Pflegepersonal im Fall von Erkrankung und Urlaub
- Kostenlose mobile psychologische Betreuung
- Kostenlose einschlägige Ausbildungsangebote für pflegende Angehörige

Privatisierung ist Diebstahl am Allgemeingut

Eine der wesentlichsten Aufgaben der öffentlichen Hand ist es, eine leistbare Grundversorgung zu gewährleisten. Deshalb ist es nach unserer Auffassung notwendig, dass städtische Betriebe und Dienstleistungen in der Verantwortung der Stadt sind.

Die Mehrheit der Grazer Rathausparteien hat aber in den letzten Jahren anders entschieden und städtische Betriebe, die mit den Geldern der Grazerinnen und Grazer aufgebaut wurden, ausgegliedert bzw. teilprivatisiert.

Das ist Diebstahl am Eigentum der Grazer Bevölkerung!

Damit wurde auch der Grundstein gelegt, dass alles, was der Mensch zum Leben braucht, nach und nach den Profitinteressen von privaten Konzernen dient: Gesundheit, Kinderbetreuung, Bildung, Pflege, Wasser, Strom, Müllabfuhr, Kanal etc. Die „Stadtväter“ zeigen sich gegenüber den Wünschen, das Eigentum der Stadt zu verkaufen, oft willfährig, um die leeren Kassen aufzufüllen. Zuerst wird ausgegliedert, dann ein „strategischer Partner“ hereingeholt und schließlich alles an internationale Konzerne verscherbelt. Die Gewinne werden auf diese Art privatisiert, die Verluste trägt die Bevölkerung. Höhere Gebühren, schlechtere Leistungen, niedrigere Löhne für die Beschäftigten sind die Folge.



Die Vorschläge der KPÖ:

- Sicherstellung der kommunalen Grundversorgung in öffentlicher Hand
- Kein Verkauf von städtischen Liegenschaften
- Keine Ausgliederung oder Privatisierung von Gemeindewohnungen
- Keine Ausgliederung der Geriatrischen Gesundheitszentren oder des GPS aus dem städtischen Eigentum
- Keine Privatisierung der städtischen Kinderbetreuungseinrichtungen
- Rekommunalisierung ausgegliederter Betriebe (Holding GmbH)
- Rückführung der Stadtwerke und der GVB (Graz Linien) in Eigenbetriebe der Stadt
- Garantie gegen den Ausverkauf des Wassers

Das „Haus Graz“ ist auf Sand gebaut!

Elke Kahr und die KPÖ haben von Anfang an gewarnt. Die Ausgliederung der städtischen Betriebe (AEVG, Stadtwerke, GVB, Wirtschaftsbetriebe usw.) bringt keine Einsparungen: Die Managergehälter sind höher denn je, während bei den Löhnen der Beschäftigten der Rotstift angesetzt wird.

Leistungen werden eingeschränkt, der Bevölkerung werden immer höhere Tarife – etwa beim Strom, bei der Fernwärme, beim Kanal oder bei Bus und Bim – zugemutet.

Hinzu kommt, dass der von der Bevölkerung gewählte Gemeinderat keine Entscheidungsbefugnis über Leistungen, Tarife und Personalpolitik in den ausgegliederten Bereichen hat. Dadurch gibt es keine demokratische Kontrolle mehr!

Graz gehört uns allen!

Die Vorschläge der KPÖ:

- Gebührenstopp statt Teuerungsautomatik
- Keine Leiharbeit bei der Holding Graz – Ja zu sicheren Arbeitsplätzen. Nein zum Lohndumping
- Keine Schlechterstellung bei Neuanstellungen
- Keine Leistungseinschränkungen (z.B. bei Müllentleerungen, Straßenreinigung)

Geschichte eines Ausverkaufs

Um die schlechte Finanzlage der Stadt Graz zu verschleiern und das Budget optisch aufzufrisieren, hat die Stadt Graz eine eigene Tochtergesellschaft gegründet. An die „GBG Gebäude- und Baumanagement Graz GesmbH“ wurden seit dem Jahr 2002 alljährlich Immobilien verkauft. So wurden nicht nur unbebaute Grundstücke, sondern nach und nach die Grazer Bäder, Bezirksämter, Schulen, Oper, Schauspielhaus, Kindergärten und Horte, Volksgarten, Parkanlagen, Spielplätze, das Kindermuseum und schließlich sogar das Rathaus in die Gesellschaft eingebracht.

Der Gesamtwert der veräußerten Immobilien beträgt mittlerweile rund eine halbe Milliarde Euro! Um den Ankauf dieser Immobilien zu finanzieren, hat die GBG Darlehen aufgenommen. Für die Rückzahlung dieser Darlehen samt Zinsen haftet die Stadt. Das ist die eine Seite.

Auf der anderen Seite muss die Stadt an die Gesellschaft Mietzins zahlen, um die Grundstücke und Gebäude weiterhin nutzen zu können, mittlerweile mehr als 20 Millionen Euro jährlich! Natürlich müssen die Mieteinnahmen der Gesellschaft hoch genug sein, damit sie damit ihre Darlehen samt Zinsen tilgen kann.

Für diese absurde Vorgehensweise zum kurzfristigen Stopfen von Budgetlöchern zahlt die Stadt einen hohen Preis: Sie ist ihre Häuser und Grundstücke für immer los und muss obendrein alljährlich hohe Mieten an die Gesellschaft abführen.

Zwar hat die Stadt ein Vorkaufsrecht an den ausgelagerten Immobilien. Tatsächlich aber kommt es jedes Jahr zu Totalprivatisierungen. Das ist deshalb möglich, weil die Rathausmehrheit immer wieder auf Vorkaufsrechte verzichtet, sodass nach und nach immer mehr Immobilien aus der GBG heraus an Private veräußert werden können.

Internet, IT, Privatsphäre

In einer demokratischen Gesellschaft müssen alle Menschen Zugang zu Information haben. Das Internet spielt dabei – ebenso wie Printmedien, Radio und Fernsehen – eine bedeutende Rolle. Technische Neuerungen dürfen aber nicht dazu führen, dass die Bevölkerung bespitzelt und überwacht wird.

Für Medienvielfalt und demokratischen Zugang muss die Netzneutralität gesichert werden. Priorisierungs- oder Filtermassnahmen durch staatliche Stellen oder private Provider lehnen wir ab.

Die Vorschläge der KPÖ:

- Kostenloser Zugang zu Internet und Medien – Ausbau der städtischen Bibliotheken (Internetzugang, Zeitungen)
- Einsatz von Open Source Software in der Verwaltung, Schulen usw.
- Engagement der Stadt Graz gegen Vorratsdatenspeicherung, ACTA und andere Gesetze, die dem Überwachungsstaat den Weg bereiten
- Gegen exzessive Kameraüberwachung und private Sicherheitsdienste im öffentlichen Raum



Täglich pendeln über 100.000 Menschen nach Graz ein, zehntausende sind von einem Stadtbezirk in den anderen unterwegs, um ihren Verpflichtungen in Beruf, Schule oder Universität nachzukommen.

Graz braucht leistungsfähige und leistbare öffentliche Verkehrsmittel. Mit Eisenbahn, Straßenbahn und Bus können viele Menschen sicher, rasch und umweltschonend befördert werden. Neue Linien, kürzere Intervalle, insbesondere zu den Stoßzeiten, eine Ausweitung des Fahrplans bis in die Nacht – so stellen wir uns die Lösung der Verkehrsprobleme vor.

Durchgesetzt!

Günstige Jahreskarte

Die jahrelangen Bemühungen der KPÖ um günstige Öffi-Tarife haben 2015 erstmals Früchte getragen – in Form der vergünstigten Grazer Jahreskarte. Seit die Jahreskarte der Holding Graz Linien durch die Zuzahlung der Stadt Graz für Grazerinnen und Grazer zum Preis der Halbjahreskarte erhältlich ist, gingen die Verkaufszahlen steil nach oben. Rund 32.500 Jahreskarten wurden im 1. Jahr verkauft. 2014 waren es nur rund 12.000 Jahreskarten gewesen. Zugleich gab es einen Fahrgastzuwachs von 6,4 Prozent gegenüber 2014. Aus ökologischer und sozialer Sicht hat sich dieses (Zuzahlungs-)Modell bewährt.

- Der Tarif für die Jahreskarte soll auf derzeitigem Stand eingefroren werden, darüber hinaus sollen auch Grazer AuspendlerInnen (über die Zone 101 hinaus) eine entsprechende Vergünstigung erhalten.

Für eine **mobile Stadt!**

Für gute und leistbare Öffis

Das Umsteigen auf Bus und Bim wird einem nicht unbedingt leicht gemacht.

Die Vorschläge der KPÖ:

- Taktfrequenz und Tagesfrequenzen verdichten und ausweiten
- Ausbau des Schienennetzes und der Buslinien im innerstädtischen Bereich und in den Randbezirken
- Ersatz überalterter Busse und Straßenbahngarnituren durch qualitätsvolle Fahrzeuge (klimatisiert, barrierefrei...)
- Ausweitung und Verbesserung der elektronischen Haltestelleninformation
- Errichtung von zusätzlichen Wartehäuschen, die Schatten, passende Sitzgelegenheiten und ausreichenden Schutz vor Regen bieten
- Kartenautomaten auch an den Haltestellen
- Freifahrt für Lehrlinge, SchülerInnen und Studierende (auch in den Ferien)
- Halbp reis für Haushalte, die auf ein Auto verzichten
- Stopp dem Teuerungsautomatismus bei den Graz Linien – Tarife für Zeitkarten einfrieren
- Park & Ride Plätze mit besonders günstigen Tickets für den öffentlichen Verkehr verbinden

Mobilität für alle erleichtern

Denkt man an die Folgekosten, die Feinstaub, Lärm und Co. verursachen, macht es Sinn, Anreize zum Umdenken zu schaffen:

- Ausbau des Radwegenetzes, insbesondere Schließung von Lücken
- Sicherung der Nahversorgung zur Verkürzung von Verkehrswegen
- Sicherheit für FußgängerInnen und mehr Platz für Menschen durch Wohnstraßen, Gehsteige, Zebrastreifen
- Optimierung der Ampelsteuerung - Vorrang für den Öffentlichen Verkehr und für FußgängerInnen

Ziel: Öffis zum Nulltarif

Was klingt wie Träumerei, ist in manchen Städten in der Schweiz, aber auch in Belgien, Frankreich und Estland bereits Realität: Gratis unterwegs mit Bus und Bim ist deshalb für uns ein langfristiges Ziel.

Öffentlicher Verkehr ist finanzierbar

Von einem gut ausgebauten öffentlichen Verkehr profitieren alle, insbesondere die Unternehmen, weil sie von Beschäftigten, aber auch Kundinnen und Kunden, gut erreicht werden können.

Deshalb fordert die KPÖ schon seit Jahren einen Nahverkehrsbeitrag der Unternehmen. Dass diese Finanzierung gut funktioniert, zeigt das Beispiel Wien (U-Bahn-Steuer). Dort beträgt die Abgabe 2 Euro pro Dienstnehmer und Woche.

Für eine **gesunde** Umwelt!



Der Schutz unserer Umwelt ist eine Lebensfrage. Die Schadstoffbelastung in der Luft ist in Graz besonders groß. Das sieht man am Beispiel Feinstaub sehr deutlich. Wir brauchen deshalb eine konsequente Umsetzung von Maßnahmen, die als richtig erkannt worden sind, auch wenn man damit sogenannte Wirtschaftsinteressen berührt. Wir wollen nicht, dass die Jagd nach Maximalprofiten die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit in Frage stellt. Ob bei den Themen Boden, Energie, Klima, Abfall, Luft, Lärm, Verkehr oder Wasser – der Schutz von Umwelt und Leben muss immer bedacht werden.

Grünraum statt Betonwüste

Die Stadt Graz hat das Glück, noch viele Grünflächen in ihrem Stadtgebiet zu haben. Diese sind aber durch unverantwortliche Verbauungen immer mehr bedroht.

Bauamt vor Ort

Als zuständige Stadträtin für die Bau- und Anlagenbehörde initiierte Elke Kahr spezielle Infoabende, die ab 2014 in allen Grazer Stadtbezirken stattfanden. Begleitet von einem Team aus Fachleuten (JuristInnen, BaureferentInnen usw.) gab sie grund-

Die Vorschläge der KPÖ:

- Schutz der bestehenden Grünräume, insbesondere auch der Innenhöfe und Vorgärten
- Mehr öffentliche Grün-, Spiel- und Erholungsflächen durch Neuankäufe von Grundstücken und durch Abtretungen von Grund durch private Großinvestoren
- Keine weiteren Umwidmungen zu Bauland im Grazer Grüngürtel
- Ufer der Grazer Bäche beleben und wieder erlebbar machen
- Einführung einer Bodenversiegelungsabgabe für Unternehmen, die große Flächen bebauen
- Der Schlossberg als Naherholungszentrum darf nicht kommerziellen Interessen ausgeliefert werden
- Einführung einer Bauvollendungsfrist – Verfall nicht konsumierter Baubewilligungen

legende Informationen zur rechtlichen Lage und zu den Möglichkeiten der Bau- und Anlagebehörde. Fragen der jeweiligen Bezirksbewohner und –bewohnerinnen wurden nach Möglichkeit gleich vor Ort beantwortet. Ziel dieser Bezirkstour war es, Berührungspunkte abzubauen und die Kommunikation auf Augenhöhe zwischen der Bevölkerung und der „BAB“ zu verbessern.

Lebensgrundlagen sichern

Vereinzelte Maßnahmen reichen oftmals nicht aus, um den Erhalt unserer Umwelt und unserer Lebensqualität zu gewährleisten. Daher ist es notwendig, an verschiedenen Stellen anzuknüpfen.

Die Vorschläge der KPÖ:

- Erstellung eines umfassenden Umweltaktionsplans mit realisierbaren mittelfristigen Zielen bis 2020. Er muss Abfall, Boden, Energie und Klima, Luft, Lärm, Verkehr und Wasser umfassen
- Umstieg auf alternative Energieformen, z.B. durch Einsatz von Photovoltaik (Sonnenenergie)
- Umsetzung von Maßnahmen zur Reduzierung der Lärmimmissionen (z.B. durch Großveranstaltungen, Baulärm) für mehr Wohnqualität
- Forcierte ökologische und öffentliche Abfallbewirtschaftung mit dem Schwerpunkt auf Abfallvermeidung und Nachhaltigkeit
- Die Stadt soll mit gutem Beispiel vorangehen – städtische Fahrzeuge müssen schadstoffarm sein
- Ersatz von Plastiksackerln und -verpackungen durch biologisch abbaubare Materialien



Grazer Luft zum Durchatmen

Eine Eindämmung der Feinstaubbelastung ist notwendig. Dazu sind wirkungsvolle Maßnahmen notwendig. Diese dürfen aber nicht die wirtschaftlich Schwachen treffen. Eine Umweltzone, die vor allem Fahrverbote für alte Dieselaautos bedeutet, ist nicht besonders wirksam, bringt aber für viele Menschen, die auf ihr Auto angewiesen sind, zusätzliche finanzielle Belastungen mit sich.

Die Vorschläge der KPÖ:

- Rascher Ausbau beim öffentlichen Verkehr (z.B. Südwestlinie)
- Gratis Öffis an Feinstaubtagen
- Schadstoffarme öffentliche Verkehrsmittel
- Fernwärmeausbau
- Einführung von individuell frei wählbaren „autofreien“ Tagen zur Feinstaubbekämpfung statt Benachteiligung jener, die sich kein neues Fahrzeug leisten können



Lebensraum statt Kraftwerkswahn

Wenn das geplante Murkraftwerk Puntigam errichtet wird, kommt es zu gravierenden Einschnitten für Mensch und Natur in unserer Stadt. Die Rodung von rund 16.000 Bäumen bedeutet eine Verschlechterung der Luftqualität in Graz und zerstört zahlreiche Lebensräume.

Der Damm schränkt den Zugang zum Fluss der GrazerInnen erheblich ein und die verfügbaren Freiflächen werden um ein Drittel reduziert. Der Aufstau des Wassers bedeutet das Ende für zahlreiche Fließwasserfische (wie etwa den seltenen Huchen), wirkt sich negativ auf die Frischluftzufuhr aus und gefährdet die Grundwasserqualität.

Die Reparatur der massiven Eingriffe in die Natur, die Wiederherstellung der Wasserqualität sowie die komplette Erneuerung der Infrastruktur (Straßen, Geh- und Radwege, Brücken) zwischen Hauptbrücke und Puntigamer Brücke werden ein riesiges Loch ins Finanzsäckel der Stadt reißen.

Allein der 84 Millionen Euro teure Zentrale Speicherkanal, der zur Erhaltung der Wasserqualität gebaut werden muss, weil der höhere Wasser-



spiegel im Stausee die Schmutzwässer im Kanalsystem rückstaut, wäre eines der teuersten je beschlossenen Projekte, die die Stadt stemmen soll. Die Betriebskosten dafür wurden mit 500.000 Euro jährlich beziffert.

Den Hauptanteil der Gesamtkosten von rund 200 Millionen soll die Allgemeinheit tragen, damit das Projekt für die beteiligten Energiekonzerne profitträchtig ist.

Die Vorschläge der KPÖ:

- Die Stadt Graz darf sich an der Realisierung der Staustufe Puntigam weder direkt noch indirekt beteiligen.
- Bevor das Murkraftwerk Puntigam gebaut wird, ist eine Volksbefragung über das Projekt durchzuführen.
- Das Ergebnis der Volksbefragung ist für die Grazer Stadtregierung bindend.

Ein **gesundes Leben** für alle!

Gesundheit muss für jeden leistbar sein

Der Bund und die steiermärkische Landesregierung gefährden zunehmend das Gesundheitssystem durch radikale Kürzungen. Diese Entwicklung muss aufgehalten und umgekehrt werden.

Die Vorschläge der KPÖ:

- Keine Privatisierung von Einrichtungen zur Gesundheitsversorgung
- Keine Kürzungen im Gesundheitsbereich
- Keine Schließung von Krankenhäusern
- Mehr Kassenverträge, sowohl für AllgemeinmedizinerInnen, als auch für FachärztInnen
- Mehr sozialtherapeutische Wohnplätze für psychisch erkrankte Kinder und Jugendliche
- Ausweitung des Netzes von Schmerzambulanzen entsprechend des steigenden Bedarfs – Schaffung einer interdisziplinären Schmerzambulanz
- Einheitlicher und einfacher Zugang zu Psychotherapie auf Krankenschein für alle
- Finanzielle Absicherung für spezielle Therapieformen (z.B. Reittherapie)
- Erhöhung der Bettenanzahl in der Kinder- und Jugendpsychiatrie – keine Unterbringung von Kindern und Jugendlichen in der Erwachsenenpsychiatrie
- Abschaffung der Rezeptgebühren
- Erhöhung der Zuzahlung bei medizinischen Heilbehelfen und Hilfsmitteln (Hörgeräte, Prothesen, Brillen, Zähne usw.)
- Kein Selbstbehalt bei Spitalsaufenthalten
- Kein Selbstbehalt für mitversicherte Angehörige

- Verbot einer Bevorzugung von Klassen-PatientInnen bei der Vergabe wichtiger Operationstermine
- Zuzahlung zu Erholungsaufenthalten für Kinder und SeniorInnen durch Krankenkassen und die Gemeinde
- Abschaffung der Umsatzsteuer auf Medikamente und Heilbehelfe
- Einrichtung eines Drogenkonsumraumes

Faire Arbeitsbedingungen und gerechte Löhne

Die medizinische Versorgung, Pflege und Betreuung von kranken Menschen ist eine schöne, aber auch sehr schwere und verantwortungsvolle Aufgabe. Wer diese Aufgabe wahrnimmt, muss faire Arbeitsbedingungen vorfinden und entsprechend entlohnt werden!

Die Stadt Graz muss gegen soziale Ungleichheit auftreten und medizinische und soziale Unterstützung für alle, insbesondere für benachteiligte Personengruppen, schaffen.

Die Vorschläge der KPÖ:

- Sicherung und Ausweitung der Öffnungszeiten der Impfstelle des Gesundheitsamtes
- Schaffung von sozialmedizinischen Einrichtungen, die auch gesundheitsfördernde Kurse und Maßnahmen anbieten
- Ausbau der mobilen Kranken- und Pflegedienste zu leistbaren Bedingungen
- Ausreichende Finanzierung von Gesundheitseinrichtungen und Selbsthilfegruppen
- Schaffung von mindestens zwei weiteren psychosozialen Zentren zur kostenlosen Behandlung und Psychotherapie für Menschen mit psychischen Erkrankungen bzw. in Krisensituationen



Kinder und Jugendliche brauchen ein gesellschaftliches Umfeld, das ihnen wohlwollend und freundlich begegnet. Jedem Kind muss mit Respekt begegnet werden. Es ist Aufgabe der Gesellschaft, die Fähigkeiten und Bedürfnisse junger Menschen zu erkennen und zu fördern. Dazu braucht es kostenlose Bildung, existenzsichernde Arbeit sowie leistbare soziale, kulturelle und sportliche Angebote für alle jungen Menschen.

Die Realität sieht anders aus: Kinder werden sehr oft als Störfaktor und nicht als Bereicherung angesehen. Eine hohe Jugendarbeitslosigkeit, unterfinanzierte Schulen und Universitäten sowie fehlende Perspektiven bereiten vielen Jugendlichen Sorgen.

Kinderbetreuung

Die frühesten Jahre im Leben eines Menschen sind die wichtigsten und prägendsten. Gerade bei unseren Jüngsten darf nicht der Sparstift regieren.

Die Vorschläge der KPÖ:

- Wiedereinführung des Gratiskindergartens
- Kleinere Gruppen von maximal 20 Kindern in Kindergärten – sie gewährleisten eine qualitativ hochwertige Kinderbetreuung
- Verpflichtende Einrichtung von Betriebskindergärten für große Betriebe
- Mehr Kinderkrippen für unter dreijährige Kinder
- Bessere Entlohnung für die Beschäftigten in Kinderbetreuungseinrichtungen
- Mehr finanzielle Mittel zur Förderung von Mehrsprachigkeit und sozialer Kompetenz in unseren Kinderbetreuungseinrichtungen
- Geschlechtssensible Pädagogik im Kinderbetreuungsbereich verankern

Schulen

Öffentliche Schulen sind eine der wichtigsten bildungspolitischen Errungenschaften. SchülerInnen und Lehrende brauchen Bedingungen, unter denen Lernen leicht fällt. Deshalb dürfen öffentliche Schulen nicht kaputt gespart werden!

Die Vorschläge der KPÖ:

- Höhere Budgetmittel für Grazer Pflichtschulen zur freien Verwendung für den Schulalltag
- Kostenlose und mehrjährig verwendbare Lehrmittel
- Mehr finanzielle Mittel für Fördermaßnahmen wie z.B. Sprachkurse
- Schaffung von kostenfreier Lernbetreuung durch die öffentliche Hand
- Flächendeckende und bedarfsgerechte Nachmittagsbetreuung für schulpflichtige Kinder
- Geschlechtssensible Pädagogik im Pflichtschulbereich als Unterrichtsprinzip verankern
- Legasthenie- und Dyskalkulieförderung gratis am Schulort
- SchulpsychologInnen mit wöchentlichen Sprechstunden an allen Schulen (ähnlich dem Schularzt)

Eine lebenswerte **Zukunft** für **junge Menschen!**

Der Unterricht in überfüllten Klassenräumen und oftmals Leistungsdruck führen dazu, dass der Schulalltag von vielen als unangenehm empfunden wird. Um den Schulerfolg ihrer Kinder zu gewährleisten, sehen Eltern oft keinen anderen Ausweg als in teuren Nachhilfestunden. Das müsste nicht so sein.

Durchgesetzt!

Beihilfe zu Schulveranstaltungen

Vielen Vätern und Müttern ist es höchst unangenehm, an der Schule selbst um Unterstützung für Schikurse, Sport- oder Projektwochen anzusuchen. Auf Betreiben der KPÖ wurde eine Anlaufstelle für unbürokratische finanzielle Unterstützungen zu Schulveranstaltungen geschaffen. Ein Antrag auf Bezuschussung kann bei der Abteilung für Bildung und Integration eingereicht werden.

Die Vorschläge der KPÖ:

- Senkung der Zahl von SchülerInnen pro Klasse
- Kostenlose Lehrmittel und bessere Unterstützung für Kinder aus einkommensschwachen Familien
- Einführung eines BegleitlehrerInnensystems, um Integration zu fördern
- Umfassende Mitspracherechte der SchülerInnen
- DirektorInnen auf Zeit – befristet auf fünf Jahre, dann eventuell Wiederwahl durch SchulpartnerInnen
- Einführung der Gesamtschule sowie der Ganztagschule auf freiwilliger Basis
- Gemeinsames Lernen statt Konkurrenzdruck – Weg mit Notenzwang und Zentralmatura
- Einführung des Unterrichtsfaches Soziales Lernen sowie verpflichtende politische Bildung und Sexualkunde
- Ausbau des Sportangebotes an Schulen statt Reduzierung

Für faire Lehre!

Die hohe Jugendarbeitslosigkeit führt zu einem immer höheren Druck auf Lehrlinge, die alles hinnehmen müssen, um ihre Lehrstelle zu behalten. Die Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit und faire Arbeitsbedingungen müssen vorrangige Ziele sein.

Die Vorschläge der KPÖ:

- Kündigungsschutz für Lehrlinge wiedereinführen
- Verpflichtende Lehrlingsausbildung für Betriebe, ansonsten Zahlung in einen Lehrlingsausbildungsfonds
- Schaffung öffentlicher Lehrwerkstätten
- Förderungsmaßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit durch Einrichtung eines Ausbildungspools
- Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich zur Schaffung neuer Arbeitsplätze
- Für ein Einkommen zum Auskommen – 500 Euro mindestens für Lehrlinge im ersten Lehrjahr. Erhöhung der Lehrlingsentschädigungen
- Sechs Wochen Urlaub für alle

Taten statt Worte!

Gut vertreten

Die Kommunistische Jugend Österreichs und der Kommunistische StudentInnenverband setzen sich gemeinsam mit der KPÖ für ein Graz ein, das Jugendlichen Platz gibt, um zu leben und sich zu entfalten. Wir treten für die Rechte von SchülerInnen, jungen Beschäftigten und Studierenden ein.

Platz bieten

Wir organisieren Konzerte, Fußballturniere, Filmabende und Diskussionsrunden für junge Menschen und engagieren uns für Jugend- und Freizeiteinrichtungen als Alternative zu überbezahlten Events.

Gut informiert

Mit der Uni-Zeitung „Rotcrowd“ sowie Zeitungen für SchülerInnen und junge Beschäftigte wollen wir informieren und junge Menschen über ihre Rechte aufklären.



- www.kjoe.at
- facebook.com/rotwild.st



- www.comunista.at
- facebook.com/ksvgraz

Hochschulen

Das Menschenrecht auf Bildung darf nicht durch Ökonomisierung der Universitäten untergraben werden. Bildung muss der Profitmacherei entzogen werden!

Die Vorschläge der KPÖ:

- Chancengleichheit für alle – keine Studiengebühren
- Ausfinanzierung der Hochschulen – ausreichend Studienplätze
- Wiedereinführung des Anspruchs auf Familienbeihilfe bis 27
- Ausbau des Stipendienwesens, insbesondere der Studienabschlussstipendien
- Verbesserung des Studienangebots für berufstätige Studierende
- Bessere Kinderbetreuung für Studierende mit Kind
- Ausbau der Mensensubvention für sozial benachteiligte Studierende
- Förderung und systematische Ausschreibung von Abschlussarbeiten und Praktika durch die Stadt Graz (Stadtentwicklung, öffentliche Verwaltung, Kunst und Kultur usw.)

Mehr Mitbestimmung

Kinder und Jugendliche sehen die Welt mit anderen Augen und haben oft einen sehr sensiblen Blick auf Dinge, die für ein besseres Zusammenleben sinnvoll und nützlich sind. Daher ist es wichtig, ihre Meinung zu hören und ihnen Möglichkeiten zur Mitbestimmung zu geben. Ob es um Kultur, Sport, Nahverkehr oder Freizeitmöglichkeiten geht: Junge Menschen sollten mitreden und mitgestalten können.

Die Vorschläge der KPÖ:

- Kinder- und Jugendparlamente in den Bezirken und Sozialräumen einrichten
- Stärkung des Jugendgemeinderates – häufigere Sitzungen, bessere Berücksichtigung der Wünsche von Kindern und Jugendlichen

Freizeit und Sport

Um Freizeit in unserer Stadt erlebbar zu machen, darf der öffentliche Raum nicht eingeschränkt, kommerzialisiert und mit Verboten belegt werden.

Leider gibt es viel zu wenig Angebote an kostenlosen Freizeit- und Sporteinrichtungen.

Durchgesetzt!

Mehr Grünraum und Parks

Durch die Bemühungen der KPÖ wurden die Anstrengungen um den Erwerb und die teilweise Rückwidmung von Grünflächen und Parks in unserer Stadt intensiviert. In den vergangenen beiden Jahren konnten erhebliche Flächen gesichert werden. Weitere Flächen sollen in den nächsten Jahren durch die Stadt angekauft werden.

Zusätzlich wurden im Flächenwidmungsplan Vorbehaltsflächen definiert. Diese Flächen müssen Eigentümer zuerst der Stadt anbieten, wenn sie die betreffenden Grundstücke verkaufen wollen.

Sport gehört nicht nur zu den beliebtesten Freizeitbeschäftigungen, er wirkt auch ausgleichend und trägt zur Gesundheitsvorsorge bei. Es gilt, größten Wert auf den Schul- und Breitensport zu legen. Statt großen Klubs Unsummen nachzuwerfen, müssen die Arbeitsbedingungen für die Vereine an der Basis verbessert werden, die nur durch das Engagement ihrer ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter existieren können.

Gerade Kinder und Jugendliche haben in der Stadt zu wenige Möglichkeiten, sich frei zu bewegen. Spiel- und Sportplätze dürfen nicht länger Opfer kinderfeindlicher Tendenzen sein.

Die Vorschläge der KPÖ:

- Kostenlose Freizeit- und Sportangebote für alle, insbesondere Kinder und Jugendliche
- Schaffung von selbstverwalteten Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang
- Mehr Geld für Sport- und Freizeitanlagen
- Mehr Förderungen für Kinder und Jugendliche im Sportbereich
- Erhalt aller Grazer Bäder und Senkung der Eintrittspreise
- Ausbau und Attraktivierung der Bezirkssportplätze
- Rücknahme überflüssiger Verbote, die das Leben im öffentlichen Raum einschränken
- Öffentliche Parkanlagen und andere Grünflächen müssen der Erholung und der Freizeitgestaltung dienen – Nein zu Kommerzialisierung und Law-and-Order in diesen Freiräumen



Vielfältige Kultur statt Eventpolitik

Strukturen sichern, Vielfalt erhalten

Graz zeichnet sich nicht nur durch seine kulturelle Vielfalt aus, sondern auch durch einen lebendigen und produktiven Kunst- und Kulturbetrieb. Gleichzeitig wird die Lage für jene, die in Graz nachhaltig und auf hohem Niveau künstlerisch tätig sind, immer prekärer. Vor allem die Kürzung der Kulturgeldausgaben durch das Land hat diese Situation weiter verschärft.

Die KPÖ steht dafür, dass Kunst- und Kulturschaffende in einem sozial abgesicherten Rahmen tätig sein können. Die einseitige Orientierung städtischer Kulturpolitik auf Events und Tourismus muss ein Ende haben. Stattdessen gilt es, vorhandene Strukturen und Kulturinitiativen nachhaltig zu fördern und den Zugang zu Kulturangeboten für alle Menschen in unserer Stadt möglich zu machen.

Die Vorschläge der KPÖ:

- Stärkung der freien Szene und Absicherung der unabhängigen Kulturinitiativen zum Beispiel durch Spielstätten, die allen Kulturschaffenden zugänglich sind
- Kostenlose Probe- und Arbeitsräume für junge KünstlerInnen
- Unterstützung von Bildungs- und Kulturinitiativen außerhalb des Stadtzentrums
- Förderung freier Radios
- Ausbau der öffentlichen Büchereien, Filialen in möglichst vielen Stadtteilen

Kulturpolitik darf kein Machtinstrument sein

Es ist dringend nötig, die kulturpolitischen Prioritäten neu zu setzen. Kulturpolitik soll nicht zum Machtinstrument einer Elite werden, sondern alle Menschen zur Auseinandersetzung mit zeitgenössischen Formen von Kunst und Kultur ermutigen.

Die Vorschläge der KPÖ:

- Kultur für alle ist Bildung für alle: niederschwelliger Zugang durch freien Eintritt in alle Grazer Museen
- Transparenz in der Förderpolitik, Einbindung der Betroffenen in den politischen Prozess
- Kulturpolitik soll auf die Bedürfnisse der bestehenden Kulturinitiativen eingehen, anstatt diese mit Entwicklungskonzepten, Evaluierungen und verordneten Schwerpunkten zu quälen



Eingesetzt!

Mehr Nachbarrechte

Die Liberalisierung des Bauverfahrens vollzog sich in der Steiermark im Unterschied zu anderen Ländern und Städten ohne die Grundlage von Bebauungsplänen.

Während bei Bebauungsplänen die Lage und Größenordnung der Baukörper weitestgehend bestimmt sind, die Nachbarn mitwirken können und nach Beschluss klare Verhältnisse vorliegen, wurden bei uns die Nachbarrechte de facto auf die Abstände und den Immissionsschutz reduziert. Wenn bei Neubauten um Überschreitung der maximal zulässigen Dichte angesucht wird, gibt es keine Möglichkeit dagegen aufzutreten. Missbrauch wird dadurch Tür und Tor geöffnet.

Deshalb hat sich die KPÖ für eine Änderung im Gemeinderat eingesetzt:

- Stärkung der Nachbarrechte bei Bauverfahren
- Mindest- und Höchstwerte bei der Bebauungsdichte müssen eingehalten werden
- Abweichungen sind grundsätzlich in einem Bebauungsplan zu regeln.

Für die Erhaltung der Altstadt

Das kulturelle Erbe muss in angemessener Weise bewahrt werden, ohne auf einen anachronistischen, musealen Kulturbegriff zurückzufallen.

Die Vorschläge der KPÖ:

- Sicherung der historischen Bausubstanz und Schutz der Grazer Altstadt vor den Profitinteressen der Immobilienspekulanten – Novellierung des Altstadterhaltungsgesetzes
- Erhalt der Grazer Altstadt als UNESCO-Weltkulturerbestätte sichern
- Erstellung eines Altstadtschutzkatasters für schützenswerte Objekte und Flächen in Graz
- Aufstockung des Grazer Altstadterhaltungsfonds, um verstärkt Anreize zur Erhaltung der historischen Bausubstanz setzen zu können
- Demokratische Kontrolle von Entscheidungen der Städteplanung durch BürgerInnenbeiräte
- Finanzielle Absicherung des GrazMuseums zur Erfüllung seines Kulturauftrages
- Verbesserter Schutz der Altstadt durch eine ausgewogene Besetzung der Altstadtsachverständigenkommission: Mehr HistorikerInnen und KunsthistorikerInnen in die ASVK
- Bessere Maßnahmen zum Schutz der Vorgärten und Innenhöfe

KPÖ-Bildungsverein

Niederschwelliges Kultur- und Bildungsangebot

In ihrem Bildungszentrum in der Lagergasse bietet die KPÖ ein vielseitiges Kultur- und Bildungsprogramm mit Lesungen, Diskussionsabenden, Konzerten, Filmvorführungen, Vernissagen und Konferenzen.

Der Bildungsverein der KPÖ Steiermark wurde nach dem erfolgreichen Wiedereinzug der KPÖ in den Steiermärkischen Landtag im Jahr 2005 gegründet.

- www.kpoe-bildungsverein.at



Ein gerechtes Leben für alle Frauen!

In der Vergangenheit wurde in Bezug auf Frauenrechte viel erreicht. Keine dieser Errungenschaften ist aber vom Himmel gefallen, sondern wurde von Frauen gemeinsam erkämpft, vom Wahlrecht angefangen über den freien Zugang zur Bildung bis hin zur Fristenlösung, um nur einige Beispiele zu nennen. Heute wird von der Politik gerne behauptet, dass Frauen in unserer Gesellschaft längst gleichberechtigt seien. Frauen erleben aber eine andere Wirklichkeit.

Arbeit und Privates vereinbar machen

Nach wie vor sind es in unserer Gesellschaft die Frauen, denen meist die alleinige Verantwortung für die Betreuung und Erziehung der Kinder, die Hausarbeit oder die Pflege Angehöriger aufgebürdet wird. Gerade die Doppel- und Dreifachbelastung drängt Frauen in prekäre Beschäftigungsverhältnisse. Damit verbunden sind minderqualifizierte Jobs ohne Aufstiegsmöglichkeiten, mangelnde Entlohnung, wirtschaftliche Abhängigkeiten und nicht zuletzt Altersarmut. Vor diesen Konsequenzen schützt auch eine gute Ausbildung nicht. Um Gleichberechtigung im Arbeitsleben zu ermöglichen, gilt es, bessere Rahmenbedingungen für Frauen zu schaffen.

Die Vorschläge der KPÖ:

- Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit
- In Leitungen und Gremien auf allen Ebenen soll eine 50%ige Vertretung von Frauen gewährleistet sein
- Arbeitszeitverkürzung für alle bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- Flächendeckende und qualitativ hochwertige Kinderbetreuungseinrichtungen für alle Altersgruppen
- Gleiche Ausbildungsmöglichkeiten für Mädchen wie für Jungen in allen Berufen
- Angebote zur beruflichen Qualifizierung auch für Migrantinnen
- Beschäftigungspolitik, die die Benachteiligung von Frauen bei der Anstellung in Unternehmen unterbindet
- Einführung einer verpflichtenden Väterkarenz

Stärkung und Unterstützung von Frauen

In der Stadt Graz gibt es viele Fraueneinrichtungen, die wichtige Arbeit zur Geschlechtergleichstellung und zum Schutz der Opfer vor häuslicher und sexualisierter Gewalt leisten. Es ist Aufgabe der Stadt, sie ausreichend zu fördern.



Friedensstadt **Graz**

Die Vorschläge der KPÖ:

- Langfristige finanzielle Absicherung aller Frauen- und Mädcheneinrichtungen
- Bessere finanzielle Unterstützung von Organisationen und Initiativen, welche die Verhinderung von Gewalt zum Ziel haben
- Wieder-Einsetzung einer Grazer Frauenbeauftragten
- Erhalt und Ausbau aller bestehenden Frauenprojekte
- Mehr Übergangswohnungen für Frauen, sowohl für alleinstehende als auch für Frauen mit Kindern
- Mehr Personal, finanzielle Mittel und betreute Wohneinheiten für das Grazer Frauenhaus
- Berücksichtigung frauen- und mädchenspezifischer Bedürfnisse in der Stadtplanung (Nahversorgung, Öffentlicher Verkehr, Sport- und Freizeitangebote etc.)
- Zulassung von mehr Gynäkologinnen mit Kaserverträgen
- Strafrechtliche Ahndung von Sexismus in allen Lebensbereichen (z.B. Werbung, Arbeitsplatz)

Ohne Frieden ist alles nichts

Immer öfter werden Kriege geführt. Sie fordern sehr viele Opfer. Neue Kriege drohen. Österreich nimmt im Rahmen der EU-Aufrüstungspolitik immer intensiver an internationalen Einsätzen teil, die der Neutralität unseres Landes widersprechen. Graz ist Standort des Bundesheer-Kommandos für Auslandseinsätze.

In Graz darf kein Platz für Kriegshetze sein. Die Stadt muss aktiv für Frieden und internationale Verständigung eintreten.

Die Vorschläge der KPÖ:

- Förderung des sozialen und solidarischen Zusammenhalts durch eine soziale Politik
- Friedenserziehung an allen Grazer Schulen
- Das Grazer Friedensbüro muss unabhängig sein, um seinen friedenpolitischen Auftrag erfüllen zu können
- Nationalfeiertag 26. Oktober durch die Stadt als Neutralitätsfeiertag begehen
- Nein zur Beteiligung an EU-Schlachtgruppen (Battlegroups) und Euro-Armee
- Nein zu Bestrebungen, ein Berufsheer zu schaffen
- Keine Ausgaben für offensive und repressive Militäreinsätze

Ein gutes Leben für alle Menschen!

In der Stadt Graz leben Menschen aus 176 Nationen, aller Altersgruppen, unterschiedlichster Weltanschauungen und Religionen und mit vielseitigen Neigungen, Begabungen und Interessen – Graz ist eine Stadt der Vielfalt. Uns eint das Ziel eines guten Lebens für alle Menschen in sozialer Sicherheit und einem Zusammenleben in Frieden, gegenseitigem Respekt und Solidarität.

Die großen Herausforderungen unserer Zeit werden wir nicht durch Ausgrenzung, sondern nur durch bestmögliche Einbindung und gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen lösen können. Wer aber die Menschen unserer Stadt gegeneinander ausspielen und spalten will, macht es jenen leicht, die nur auf ihren eigenen Vorteil bedacht sind und es sich richten können. Die KPÖ Graz steht stets auf der Seite der einfachen Menschen in unserer Stadt, die keine Lobby haben – ohne nach Herkunft, Geschlecht, Alter, Hautfarbe, Weltanschauung oder sexueller Orientierung zu unterscheiden. Für uns ist es wichtig, dass auf keinen Menschen vergessen wird – auch und gerade in der Menschenrechtsstadt Graz.

Die Vorschläge der KPÖ:

- Nein zu jeder Form der Diskriminierung nach Herkunft, Nationalität, Hautfarbe, Geschlecht, Alter, Behinderung, Weltanschauung oder sexueller Orientierung
- Kommunales Wahlrecht für alle Menschen über 16 mit Hauptwohnsitz in Graz
- Erweiterung und finanzielle Absicherung der Sprachkurse für MigrantInnen
- Umfangreiche Information von MigrantInnen über Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten für ihre Kinder in der Sprache ihres Heimatlandes
- Leistbare Schul-, Bildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten für MigrantInnen, die über die obligatorischen Deutschkurse hinausgehen, zur Sicherung ihrer Existenz
- Gleiche soziale Rechte für alle, auch wenn sie keinen österreichischen Pass haben – das würde auch Schwarzarbeit und Lohndumping einen Riegel vorschieben
- Keine rechtliche Benachteiligung von gleichgeschlechtlichen Paaren (beim Namens- und Adoptionsrecht, im Falle eines Kinderwunsches usw.)

Für ein demokratisches **Graz!**

Bürgerinitiativen fördern

In Graz gibt es viele engagierte Bürgerinitiativen und Menschen, die gegen Missstände in ihrem Umfeld auftreten und Vorschläge für eine soziale und umweltgerechte Entwicklung machen. Die herrschende Politik ist aber nicht darauf bedacht, diese Demokratie von unten ernst zu nehmen. Engagement wird oft mit Misstrauen betrachtet.

Die Vorschläge der KPÖ:

- mehr Unterstützung und entsprechende Fördermittel für die Arbeit am Gemeinwesen
- Kommunikationszentren für engagierte BürgerInnen
- Ein weisungsfreies BürgerInnen-Büro

Mehr Demokratie in den Bezirken und im Gemeinderat

Die Verkleinerung des Grazer Gemeinderates bringt keinen Ausbau der parlamentarischen Minderheitenrechte. Graz hat 17 Stadtbezirke, die für die Menschen ihre unmittelbare Heimat sind. Die Schließung mehrerer Bezirksämter hat die Vertretung von BürgerInneninteressen vor Ort schwieriger gemacht. Darum ist es besonders wichtig, die Bezirksvertretungen mit mehr demokratischen Rechten auszustatten.

Die Vorschläge der KPÖ:

- Kommunale Zentren in allen Bezirken zur Unterstützung von Anliegen der Bevölkerung
- Teilnahmerecht aller im Gemeinderat vertretenen Parteien an den Sitzungen des Stadtsenates
- Vertretung aller Parteien in den Kontrollgremien von stadt eigenen Gesellschaften und Beiräten
- Mehr Kompetenzen und Budget für die Bezirksräte, um eine aktive Bezirkspolitik gestalten zu können, und ihre Absicherung im Statut der Stadt Graz

- Mehr Mitspracherechte der Bezirksvertretungen bei Bau- und Verkehrsvorhaben
- Verpflichtende Bezirksversammlungen zweimal jährlich
- Ein weisungsfreies BürgerInnenbüro als Ansprechpartner für Bürgerinitiativen und BürgerInnenanliegen
- Fragestunde für BezirksrätInnen in der Gemeinderatssitzung
- Senkung der Hürden bei Volksbefragungen und Volksabstimmungen (nach dem Steiermärkischen Volksrechtesgesetz) statt unverbindlicher Meinungsumfragen
- Gleiche soziale und politische Rechte (z.B. kommunales Wahlrecht) für alle Grazerinnen und Grazer
- Neben schriftlichen Stellungnahmen auch mündliches Anhörungsrecht von VertreterInnen des Migrantinnen- und Migrantenbeirats im Gemeinderat



Leere Kassen

Immer wieder hört man, dass die Kassen der Stadt Graz leer seien. Doch warum das so ist, wird gerne vertuscht:

- In den letzten Jahren wurde für Prestigeobjekte viel Geld ausgegeben: Dom im Berg, Schlossberglift, Stadthalle, Kunsthaus, Murinsel... Die KPÖ hatte rechtzeitig davor gewarnt und im Gemeinderat dagegen gestimmt.
- Die Auslagerung und Privatisierung von stadteigenen Betrieben und Beteiligungen hat Einkommensquellen versiegen lassen.
- Die Verlagerung von immer mehr Aufgaben von Bund und Land auf die Gemeinden ohne ausreichende finanzielle Bedeckung und restriktive EU-Vorgaben im Zusammenhang mit der Finanzkrise verstärken den Druck auf die Gemeinden und tragen weiter zur Misere bei.

Jetzt sind die Kassen leer und die Bevölkerung soll die Zeche zahlen!

Geld ist genug da, nur in den falschen Händen. Alle reden von Sparpolitik, machen aber keine Umverteilungspolitik: und zwar von unten nach oben.

Für Umverteilung von oben nach unten!

Allein auf kommunaler Ebene können die Finanzprobleme der Stadt nicht gelöst werden.

Erforderlich ist eine grundlegende Änderung der Finanzpolitik von Bund und Land mit dem Ziel der Umverteilung von oben nach unten, also von den Reichen zu den sozial Schwachen (z.B. durch Anhebung der Spitzensteuersätze, Wiedereinführung der Vermögenssteuer...), aber auch vom Bund zu den Gemeinden.

Die Vorschläge der KPÖ:

- Rückführung der ausgegliederten Betriebe in städtische Verwaltung (Eigenbetriebe)
- Keine Beteiligung von Privaten an städtischen Betrieben
- Erschließung neuer Geschäftsfelder durch städtische Eigenbetriebe zur langfristigen Verbesserung der Einnahmensituation der Stadt
- Umsetzung einer Hauptwohnsitzinitiative für mehr Mittel aus dem Finanzausgleich
- Sozialpolitik muss Vorrang vor Prestigeprojekten haben
- Abschöpfung der Wertsteigerung von Grundstücken in Folge von Umwidmungen
- Kostenbeteiligung von privaten Investoren bei Investitionen in die Infrastruktur
- Einführung einer Bodenversiegelungsabgabe bzw. einer Stellplatzabgabe bei Großparkplätzen
- Erhöhung der Bauabgabe
- Nahverkehrsbeitrag der Unternehmen zur Finanzierung und zum Ausbau des öffentlichen Verkehrs
- Keine Aufnahme von Schuldscheindarlehen von privaten Investoren

Wer soll das bezahlen?

Die Gemeinden nicht aushungern

Bund und Land wälzen immer mehr Ausgaben auf die Kommunen ab, während sie ihnen aber die dafür dringend notwendigen Mittel vorenthalten.

Die Vorschläge der KPÖ:

- Ausstieg aus dem innerösterreichischen Stabilitätspakt, der die Gemeinden an die Maastricht-Kriterien der EU kettet
- Umverteilung der Mittel im Finanzausgleich zugunsten der Gemeinden
- Streichung des Beitrages der Gemeinden an der EU-Finanzierung
- Befreiung kommunaler Einlagen bei Banken und Sparkassen von der Kapitalertragssteuer
- Keine steuerliche Benachteiligung der Gemeinde gegenüber privatrechtlichen Unternehmen (z.B. bei der Umsatzsteuer)
- Abschaffung der Landesumlage
- Gemeinsame Aktionen mit anderen Gemeinden zur Durchsetzung dieser Forderungen
- Nahverkehrsabgabe zur Finanzierung des öffentlichen Verkehrs
- Unterstützung von Integrationsarbeit durch den Bund durch einen festgesetzten Geldbetrag pro Asylberechtigtem bzw. subsidiär Schutzberechtigtem

Privilegienabbau

Wer immer das Gürtel-Enger-Schnallen im Mund führt, sollte zuerst vor der eigenen Türe kehren. In Stadt und Land beweist die KPÖ seit vielen Jahren, dass es auch ohne Politikerprivilegien geht.

Die Vorschläge der KPÖ:

- Begrenzung der Zahl der Beschäftigten in politischen Büros
- Reduzierung der Parteienförderung
- Reduktion der Politikerbezüge
- Senkung der Repräsentationskosten durch die Stadt
- Schluss mit Prämienregelungen für Geschäftsführer in den Beteiligungen

Gut gearbeitet

Auch die KPÖ bekommt in Graz Mittel aus der Parteienförderung. Sie verwendet sie aber anders als die anderen Parteien: Wir finanzieren damit z.B. den Mieternotruf 0316 / 71 71 08. Auch die Aktion „Geld für Bankerl statt für Banken“ wird aus diesen Mitteln gespeist.

Mit 180.000 Euro aus der Parteienförderung hat die KPÖ in den letzten drei Jahren 1.105 in Not geratene Menschen in Graz unterstützt. Für die Jahre 2015/16 hat die KPÖ eine Kürzung der Parteienförderung um drei Prozent durchgesetzt.

Darüber hinaus verwenden Elke Kahr und die KPÖ-Mandatarinnen und -Mandatare einen großen Teil ihres Politeinkommens für konkrete Hilfe.

Elke Kahr hat so allein im Jahr 2015 aus ihrem Gehalt als Stadträtin 55.447 Euro an Menschen in Notlagen gespendet.

Gut gearbeitet

Wer das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger gewinnen möchte, darf nicht mehr versprechen, als er halten kann. Die Politik soll nicht nur Wahlversprechen abgeben, sie muss sie auch halten. Was die KPÖ in Graz mit dem Vertrauen, das ihr ausgesprochen wurde, erreicht hat, zeigt eines: Die KPÖ ist eine nützliche Partei für das tägliche Leben!

Die KPÖ ist in Graz mit Wohnungsstadträtin und Vizebürgermeisterin Elke Kahr, 10 Gemeinderätinnen und Gemeinderäten sowie in allen 17 Stadtbezirken mit insgesamt 28 Bezirksrätinnen und Bezirksräten vertreten. Allein im Gemeinderat haben die Mandatarinnen und Mandatare der KPÖ in dieser Periode rund 600 Initiativen gesetzt.

Viele davon konnten auch erfolgreich umgesetzt werden.

Helfen statt Reden

Stadträtin Elke Kahr und die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte der KPÖ verwenden einen großen Teil ihres Politikereinkommens, um Menschen in Not zu helfen.

Jahr für Jahr legen sie zu Jahresende beim Tag der offenen Konten darüber Rechenschaft ab. Seit Elke Kahr 2005 als Stadträtin angelobt wurde, hat sie aus ihrem Gehalt Menschen in Notlagen mit insgesamt 544.417,45 Euro unterstützt (Stand: 31. 12. 2015).

In den Jahren 1998 bis heute wurden von den MandatarInnen der KPÖ insgesamt 1.712.984,42 Euro an 12.644 Familien und Personen ausbezahlt (Stand: 31. 12. 2015). Darüber hinaus gibt es den Mieternotruf und die Sozialberatung der KPÖ, wo tausende von Grazerinnen und Grazern Beratung und Unterstützung gefunden haben.

Den Vertreterinnen und Vertretern der KPÖ ist es ein Anliegen, sich mit ihren Einkommen nicht von der Mehrheit der Bevölkerung abzuheben, deren Sorgen und Anliegen damit besser verstehen und vertreten zu können. Wer sich entscheidet, für die KPÖ zu kandidieren, tut es aus Überzeugung und nicht um einer einträglichen Politkarriere Willen.

Teuerungen, Leistungskürzungen, Gebührenerhöhungen sowie Gehälter und Pensionen, die mit dieser Entwicklung nicht Schritt halten, haben dazu geführt, dass immer mehr Menschen bei uns Hilfe suchen.

Die finanziellen Unterstützungen in Notlagen, die Elke Kahr und die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte leisten können, sind natürlich nur ein Tropfen auf dem heißen Stein.

Deshalb ist es notwendiger denn je, Fehlentwicklungen aufzuzeigen und politische Maßnahmen zu setzen, die für mehr soziale Gerechtigkeit bei uns sorgen.

Bei allen politischen Entscheidungen wird die KPÖ auch in Zukunft ihre Werte nicht verraten und nicht vergessen, dass sie den Grazerinnen und Grazern gegenüber verpflichtet ist und nicht politischen Eliten, Banken oder Konzernen.

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Hersteller: KPÖ Graz, Lagergasse 98a, A-8020 Graz; Verlags- und Herstellungsort: Graz

Die KPÖ, eine nützliche Partei für das tägliche Leben

Gemeindewohnungen bleiben bei der Stadt

Durch die Hartnäckigkeit der KPÖ konnte der Verkauf der Gemeindewohnungen aus dem städtischen Eigentum an private Investoren bis jetzt verhindert werden. Damit wurde leistbarer Wohnraum bisher gesichert.

Neue, leistbare Wohnungen für Graz

Nach Jahren des Stillstands im kommunalen Wohnbau werden in Graz wieder in größerem Umfang neue Gemeindewohnungen gebaut. 564 Wohnungen wurden errichtet und 550 weitere sind in Planung.

Die KPÖ hat außerdem erreicht, dass der Bau von Gemeindewohnungen auf den Reininghausgründen in den „Rahmenplan Reininghaus“ aufgenommen wurde.

Ihre Meinung ist uns wichtig, Sie erreichen uns unter

0316 / 712479 oder per
E-Mail: **bl@kpoe-graz.at**
www.kpoe-graz.at
facebook.com/elke.kahr
facebook.com/kpgraz



Rückantwortkarte

- Ich hätte gerne regelmäßig Informationen der KPÖ Graz zugesendet.
- Ich möchte mitarbeiten, bitte rufen Sie mich an.
- Ich habe Vorschläge für Eure Arbeit.
- Ich möchte bei der Gemeinderatswahl 2017 mithelfen, bitte kontaktieren Sie mich.

Name

Anschrift

E-Mail

Telefon

Bitte mit
0,68 €
frankieren,
falls Marke
zur Hand

An die
KPÖ Graz

Lagergasse 98a
A-8020 Graz

